

W A H L P R O G R A M M

1980

**Den
Aufschwung
wählen!
Mit uns ist er
sicher.**

Wir wollen mehr
für Österreich!



Mehr Zukunft, weniger Sozialismus

20. August 1990

DAS PROGRAMM DER ÖVP
für die
NATIONALRATSWAHL 1990

EINLEITUNG

Ein faszinierendes Jahrzehnt liegt vor uns. Mobilisieren wir unsere Stärken, unseren Ideenreichtum und Fleiß, unsere Bereitschaft zu sozialem und politischem Frieden im Inneren, überwinden wir unsere Schwächen, überwinden wir Beharrungsvermögen, Bürokratie und Verzagtheit.

Ich rufe den Politikern in allen Parteien zu: Gehen wir ab von der Diffamierung des politischen Konkurrenten. Stellen wir - ob in Regierungsverantwortung oder Opposition - den Wettbewerb der Ideen und den Wettbewerb in der Arbeit für dieses wunderschöne Land und seine Menschen in den Vordergrund.

Ich appelliere an die Angehörigen der älteren Generation, uns ihr Wissen und ihre Erfahrung zur Verfügung zu stellen. Wir brauchen ihren Rat. Sie haben auch in schwierigen Zeiten unverdrossen an die Zukunft Österreichs geglaubt. Bleiben Sie unsere Ratgeber und Mahner. Sie sind die ruhende Stütze Österreichs.

Ich appelliere an die Angehörigen der Generation, die mitten im Berufs- und Familienleben steht, ihre Leistungskraft und ihren Ideen- und Einfallsreichtum voll auszuschöpfen. Gestalten Sie mit! Denken Sie mit! Arbeiten Sie mit! Sie sind die dynamische Kraft Österreichs!

Ich appelliere an die Jugend Österreichs, ihren Elan, ihren Schwung und ihren Idealismus für Österreich nutzbar zu machen. Macht das Beste aus Euren Talenten, nützt die Chancen eines friedlichen Aufbruchs. Ihr seid die Hoffnung Österreichs! Ich lade alle Mithürger ein, mit uns einen neuen Abschnitt österreichischer Politik zu gestalten. Eine Politik der Reformen, eine Politik des Augenmaßes, eine Politik der Öffnung und der Toleranz.

Meine Botschaft an Österreich lautet:

- Wir müssen Österreichs innere Verfassung grundlegend erneuern und unseren Standort in der internationalen Staatengemeinschaft neu bestimmen.
- Wir brauchen eine neue Gemeinsamkeit aller Österreicherinnen und Österreicher für die Neugestaltung unseres Landes in den 90er-Jahren, um unseren Chancen und Aufgaben im neuen Europa bestmöglich zu entsprechen.

Wir müssen ein neues Vertrauen zwischen der Bevölkerung und den öffentlichen Einrichtungen schaffen, ein neues politisches und gesellschaftliches Klima herstellen, das frei ist von medialer Hysterie, Diffamierung des anderen, von Mißbrauch und Mißtrauen.

Diese Anstrengungen müssen auf einem klar erkennbaren, berechenbaren und auch bewältigbaren Weg zu unserem gemeinsamen Ziel in die Zukunft führen.

Die Ziele meiner Politik für die kommende Arbeitsperiode sind:

- Eine neue Offenheit und Internationalität unseres Landes;
- die praktische Realisierung meines ordnungspolitischen Modells der "Ökosozialen Marktwirtschaft";
- und ein neues Vertrauensverhältnis zwischen unseren Bürgern und den demokratischen Institutionen.

Unsere Demokratie braucht den Wettbewerb der Ideen, das geistige Ringen einer öffentlichen Diskussion um die unterschiedlichen Positionen, Wege und Ziele von Parteien und Politikern. Daher ist es notwendig, daß Grundsätze und Ziele von den Parteien offen dargelegt werden.

JOSEF RIEGLER

DIE BILANZ

Die neue Bundesregierung hat im Jänner 1987 das schwere Erbe von 17 Jahren sozialistischer Vorherrschaft und einer kleinen Rot-Blauen Koalition angetreten.

Die Volkspartei hat durch ihren Eintritt in die Regierungsverantwortung ein grundsätzliches Umdenken eingeleitet, sie hat Ideen und Tatkraft eingebracht. Viele unserer Zielvorstellungen wurden in das gemeinsame Arbeitsprogramm der Bundesregierung aufgenommen und von der Volkspartei in der praktischen Regierungsarbeit immer wieder gegenüber den beherrschenden Kräften in der SPÖ durchgesetzt.

Wir haben den Aufschwung gebracht, die Bilanz für unser Land kann sich sehen lassen. Das haben wir in den letzten vier Jahren erreicht:

- + Steuerentlastung für 90 Prozent aller Steuerzahler.
- + Jährlich 20 Mrd. Schilling weniger Steuern.
- + Durchschnittlich ö.S. 5.000.- mehr für jeden Steuerzahler.
- + Außerordentliche Pensionserhöhungen um 4 statt um 2 Prozent, für die Mindestpensionen 1990 sogar um 8,6 Prozent.
- + 2,5 Mrd. Schilling für die Familien.
- + Senkung des Budget-Defizits von den erwarteten 130 Mrd. auf 63 Mrd.

- + Zehnmal mehr Katalysator-Fahrzeuge seit 1986.
- + Verbot der FCKW als Treibgase in Spraydosen seit 1. März 1990.
- + Reduzierung der Schwefeldioxid-Belastung seit 1986 um 35 Prozent.
- + Verwirklichung des strengsten Wasserschutzgesetzes Europas.
- + Einführung der Öko-Maut zur Finanzierung von Schutzmaßnahmen gegen den Transit-Verkehr.
- + Umweltoffensive gegenüber unseren Nachbarstaaten, besonders zum Ausstieg aus der Kernenergie.
- + Forcierung der pflanzlichen und tierischen Produktionsalternativen.
- + Schaffung von Pensionskassen.
- + Wesentliche Verbesserung der bäuerlichen Mindestpensionen durch Senkung des fiktiven Ausgedingtes.
- + 4,5 Prozent Wirtschaftswachstum in diesem Jahr.
- + 142.000 neue Arbeitsplätze seit 1986.
- + 27.000 neue Betriebe seit 1986.
- + 40 Mrd. Schilling Ertrag durch Privatisierung von Staatsbetrieben.

- + 252 Mrd. Schilling mehr Nettoeinkommen für alle Österreicher seit 1986.
 - + 200.000 neue Aktien-Besitzer.
 - + Zusätzliche Milliarden für Hochschulen und Forschung.
 - + Verbesserung der Reiseverkehrsbilanz in der Tourismuswirtschaft um 15 Mrd. Schilling.
 - + Senkung der Gewerbesteuer und der Körperschaftsteuer, Halbierung der Grunderwerbsteuer.
 - + Entscheidung für die neuen Nationalparks.
 - + Bauoffensive in Milliardenhöhe zur Sanierung von Hochschulen, Museen und Kasernen sowie zur Fertigstellung wichtiger Verkehrswege.
 - + Einführung des zweiten Karenzjahres und erweiterte Teilzeit-Möglichkeiten.
 - + Karenzgeld auch für Bäuerinnen und Selbständige.
 - + Beitrittsantrag zur EG und Vorbereitung der Verhandlungen.
 - + Realisierung des Wahlrechtes für Auslandsösterreicher.
 - + Schärfere Bekämpfung des Kriminaltourismus.
-
- + Schonungslose Untersuchung aller politischen Skandale aus der SPÖ-Zeit durch eine parteiunabhängige Justiz.
 - + Objektivierungsverfahren für die Postenvergabe im öffentlichen Dienst.
 - + Reform der Agrarpolitik zum Nutzen der Bauern und der Konsumenten, beispielsweise durch die wiederholte Senkung der Konsumenten-Milchpreise bei gleichzeitiger Anhebung der Erzeuger-Milchpreise.
- Diese positive Bilanz unseres Regierungsteams ließe sich noch beliebig fortsetzen. Noch nie ist in den letzten Jahrzehnten während so kurzer Zeit soviel geschehen.
- Diese Erfolge sind weitgehend oder ausschließlich ein Ergebnis der Wende, die durch den ÖVP-Regierungseintritt herbeigeführt wurde. Ohne die Regierungsbeteiligung der ÖVP hätte es den Aufschwung nicht gegeben, weil die alte sozialistische Politik weitergeführt worden wäre. Dieser Weg kann nur mit uns fortgesetzt werden.
- Damit unsere Arbeit für Österreich zielstrebig fortgesetzt werden kann, und Österreich nicht in den alten sozialistischen Trott zurückfällt, hat die Österreichische Volkspartei ihre Arbeitsziele für die wichtigen Zukunftsbereiche festgelegt und tritt am 7. Oktober 1990 vor die Bürger, um ihr Vertrauen für eine richtige Weichenstellung in das nächste Jahrtausend zu erringen.

ÖSTERREICH IN DER WELT VON MORGEN

Die Volkspartei hat die Zeichen der Zeit früher erkannt, als dies andere getan haben. Die Entwicklung in den Ländern des ehemaligen Kommunismus, des realen Sozialismus, geht unaufhaltsam in unsere Richtung. Unsere Werte haben sich durchgesetzt. Wir haben dabei mitgeholfen, wo immer wir konnten, und wir werden dies auch in Zukunft tun.

Seit 1985 haben wir eine neue Europa-Politik entworfen, nach unserem Eintritt in die Regierung haben wir 1987 den Antrag zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EG durchgesetzt.

Österreich wird Europa und die Welt von Morgen mitgestalten, wenn es über eine starke Wirtschaft, moderne Strukturen, höchste Qualität in der Bildung, in der Forschung, aber auch höchste Standards in der Umwelt und in der sozialen Sicherheit verfügt.

Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, daß sich im Europa von Morgen engültig Demokratie, Menschenrechte und die Ökosoziale Marktwirtschaft durchsetzen.

UMWELT- AUSSENPOLITIK

Immer wichtiger wird die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Der reale Sozialismus hat in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur Raubbau an den Menschenrechten, sondern auch an der Natur betrieben. Die Umwelt-schäden in den östlichen Nachbarländern sind dramatisch, umweltschützende Technologien gibt es kaum, die Umweltbedrohung durch unsere Nachbarländer ist in manchen Bereichen noch schlimmer als erwartet, wie sich in der Diskussion über die gefährlichen Kernkraftwerke an Österreichs Grenzen gezeigt hat.

Es wird eine besondere Aufgabe der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Umweltpolitik sein, durch Beratung und praktische Hilfe dazu beizutragen, daß die Wirtschaft in den neuen Demokratien rasch in Richtung einer Ökosozialen Marktwirtschaft umstrukturiert wird:

- + Wir werden bei umweltfreundlichen Projekten mithelfen, weil dadurch auch Österreichs Umwelt entlastet wird.

- + Wir werden dafür eintreten, daß Betriebe in den Nachbarländern, die auch unsere Umwelt und unsere Bürger bedrohen, ersetzt oder stillgelegt werden. Dies gilt insbesondere für die Kernkraftwerke.

UNSER PLATZ IN EUROPA

Österreich hat als moderner, demokratischer Staat mit einer sozial-marktwirtschaftlichen Ordnung seinen klaren Anspruch auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft angemeldet.

Wir werden mit aller Energie darauf hinarbeiten, daß die innerösterreichischen Voraussetzungen für den EG-Beitritt in der Wirtschaft und in den staatlichen Strukturen geschaffen werden:

- + Durch internationale Verträge sollen die Fragen des Transitverkehrs schon vor einem EG-Beitritt im Interesse Österreichs geregelt werden.
- + Für den Güterverkehr über die Grenzen sind leistungsfähige Schnellverbindungen der Bahn in alle Richtungen bereitzustellen.
- + Die volle Teilnahme Österreichs an den Forschungs- und Entwicklungsprogrammen der EG ist so rasch wie möglich zu erreichen.
- + Die Regelungen der EG zum Schutz der Umwelt sind zu übernehmen, wenn sie günstiger für die Umwelt sind, gleichzeitig sollen unsere Umweltvorschriften in die Verhandlungen eingebracht werden, wo Österreich der EG voraus ist.

- + Unsere flächendeckende und nachhaltige bäuerliche Land- und Forstwirtschaft ist zu erhalten und durch die erforderlichen Mittel aus den öffentlichen Haushalten abzusichern, wie dies durch den Europavertrag mit der bäuerlichen Bevölkerung festgelegt wurde.

- + Über die Ergebnisse der EG-Verhandlungen wird nach einer umfassenden Information von den Österreicherinnen und Österreichern durch eine Volksabstimmung entschieden.

- + Wir werden alles dazu tun, daß die Verhandlungen zügig geführt werden und daß diese Volksabstimmung noch in der kommenden Legislaturperiode erfolgen kann.

- + Je mehr die Staaten Europas miteinander verwachsen, umso größere Bedeutung kommt der Kooperation der Grenzregionen zu, wie sie in den Arbeitsgemeinschaften der Alpenländer, der Alpen-Adria-Länder und der Donauländer bereits praktiziert wird.

- + Bei der Errichtung des gemeinsamen Hauses Europa wird auch eine Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit mit den Ländern Mitteleuropas, insbesondere der Tschechoslowakei, Italien, Jugoslawien, Ungarn, von besonderer Bedeutung sein.

Aufgrund des Vertrauens, das sich Österreich in der Völkergemeinschaft erworben hat, und aufgrund seiner besonderen Befähigung zur Konsensbildung und zum Ausgleich wird dem neutralen Österreich im neuen europäischen Haus eine besondere Rolle zukommen. Wir werden in diesem Sinne alles daransetzen, um Österreich als Standort und Plattform für internationale

Organisationen und Verhandlungen weiter auszubauen. Wir werden uns verstärkt für friedenserhaltende Einsätze im Dienst der Vereinten Nationen und auch für eine international tätige Katastrophenhilfe einsetzen.

Auch der Auslandskulturpolitik muß ein neuer Stellenwert eingeräumt werden, da wir überzeugt sind, daß einer größeren politischen Einheit in Europa auf der einen die Bewahrung einer größtmöglichen kulturellen Vielfalt auf der anderen Seite gegenüberstehen muß.

Die Schritte zur deutschen Einigung, die wir erleben, sind Zeichen eines historischen Augenblickes nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft haben über den Sozialismus gesiegt. Als Nachbarin und Bürger der Bundesrepublik und der DDR zur bevorstehenden deutschen Einheit, die für uns aber auch ein Ansporn sein muß, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken und unseren Weg in die EG mit größtem Nachdruck fortzusetzen, um unseren Platz im europäischen Wirtschaftsraum von Morgen zu sichern.

Das Verhältnis Österreichs zu Italien hat sich zu einer engen Freundschaft und Zusammenarbeit entwickelt, dazu trug die Bereitschaft Italiens bei, das Südtirol-Problem im Geist des europäischen Verständnisses zu lösen und die Rolle Österreichs als Vaterland der Südtiroler anzuerkennen. Österreich wird weiterhin diese Schutzfunktion für Südtirol in allen Umständen wahrnehmen. Die Österreichische Volkspartei wird dabei weiterhin im engen Einvernehmen mit den Südtirolern vorgehen und geht davon aus, daß die Streitbeilegungsentklärung gegenüber den Vereinten

Nationen, nach Prüfung der Paketerfüllung und der Zustimmung durch eine Landesversammlung in Südtirol, in absehbarer Zukunft abgegeben werden kann. Übergordnete Zielsetzung ist dabei die Sicherung der Überlebenschancen der Südtiroler als Volksgruppe sowie der größtmögliche Abbau aller Grenzbeschränkungen zwischen Nord- und Südtirol. Der Beitritt Österreichs zu EG wird hier einen entscheidenden Beitrag leisten.

HILFE FÜR DIE MENSCHEN IN ANDEREN LÄNDERN

Österreich muß auch weiter ein Aufnahme-land für politisch Verfolgte bleiben. Gleichzeitig müssen wir jedoch dazu beitragen, daß die Menschenrechte überall geachtet werden und daß die Menschen in den neuen Demokratien bleiben können, um dort am Aufbau der Wirtschaft und der Gesellschaft mitzuwirken:

- + Wirtschaftsflüchtlinge kann Österreich nur soweit aufnehmen, soweit dafür Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und österreichische Arbeitskräfte fehlen.
- + Unter diesen Voraussetzungen sind der Wirtschaft entsprechende Möglichkeiten zur Beschäftigung von Ausländern einzuräumen, insbesondere für Grenzgänger und Saisonarbeiter.
- + Gleichzeitig müssen die Schwarzarbeit und der Kriminaltourismus wirksamer bekämpft werden.

Die Entwicklungshilfe muß sich besonders auf die am wenigsten entwickelten Länder konzentrieren. Von 1990 bis 1995 sind die jährlichen Mittel für Entwicklungsarbeit schrittweise auf den OECD-Durchschnitt von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben. Dabei sind besonders die privaten und die kirchlichen Entwicklungshilfeorganisationen zu unterstützen.

ÖSTERREICHS SICHERHEIT

Die großen politischen Veränderungen in den osteuropäischen Ländern haben auch sicherheitspolitisch zu positiven Entwicklungen sowie zur Anklündigung von Truppenabbau und Waffenreduzierungen geführt. Die österreichische Sicherheitspolitik muß sich am jeweiligen Stand tatsächlich erreichter Änderungen orientieren.

Die in der Verfassung festgelegten sicherheitspolitischen Aufgaben der umfassenden Landesverteidigung, nämlich Schutz der österreichischen Bevölkerung und der demokratischen Freiheiten vor gewaltsamen Angriffen von außen, Wahrung der Unverletzlichkeit des Staatsgebietes sowie Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität, bleiben vollständig und haben angesichts der Nationalitätenprobleme in Europa sowie aktuell auftretender weltpolitischer Bedrohungen besondere Bedeutung. Daher bekennt sich die Österreichische Volkspartei uneingeschränkt zur umfassenden und militärischen Landesverteidigung.

Abgesehen von der militärischen Verteidigung hat das Bundesheer neue Aufgaben erhalten:

- + Als "Weiß-Helme" im internationalen und nationalen Katastropheneinsatz, als "Blau-Helme" im internationalen Sicherungseinsatz, als "Grün-Helme" bei der Bekämpfung von Umweltschäden. Diese Aktivitäten sind auszubauen.
 - + Die Organisation des Heeres, insbesondere in der Ausbildung ist zu straffen. Dazu gehört neben der Reduktion der Zahl der Systemhalter die rasche Einführung der 5-Tage-Woche und die intensive Nutzung der notwendigen Zeit für die Ausbildung, die nur in sechs Monaten sowie zwei Monaten Truppenübungen möglich ist. Eine vordergründige Wahlkampf-Diskussion über die Verkürzung der Wehrdienstzeit lehnen wir ab.
 - + Wir treten dafür ein, daß die Kasernen, die Bewaffnung und die Ausstattung des Heeres jenen Standard haben, der für die Motivation der jungen Österreicher zur Verteidigung unserer Sicherheit und für die Erfüllung ihrer Aufgaben im Ernstfall notwendig ist.
- Für die Bereiche Wirtschaft, Bildung, Umwelt, Gesundheit, Soziales und Demokratie verfolgt die Volkspartei folgende Ziele:

I. STARKE WIRTSCHAFT, GESUNDE ZUKUNFT

Vor dem Regierungseintritt der Österreichischen Volkspartei zeigten Ende 1986 alle zentralen Wirtschaftsparameter den totalen Konkurs der sozialistischen Wirtschaftspolitik.

Das Wirtschaftswachstum lag mit rund 1 Prozent weit unter dem OECD-Durchschnitt. Ein Weiterwirtschafte auf den ausgefahrenen SPO-Gleisen hätte 1990 ein Budgetdefizit von 130 Mrd. und eine Finanzschuld von 1.020 Mrd. gebracht. Die Arbeitslosigkeit lag 1987 bei einer Rekordmarke von 164.000. In die Verstaatlichte Industrie waren bis dahin rund 60 Mrd S. Steuergelder hineingepumpt worden, trotzdem gingen dort 30.000 Arbeitsplätze verloren. Trotz des explodierenden Steuerdrucks konnten die Budgetlöcher nicht gestopft werden. Eine Fortsetzung dieses Kurses hätte zum Kollaps der ganzen Wirtschaft geführt.

Trotz ständiger sozialistischer Bremsmanöver hat die ÖVP ihre Wirtschaftsvorstellungen konsequent durchgesetzt:

- + Wir haben die Steuern gesenkt und damit die Wirtschaft angekurbelt.
- + Wir haben Österreich wieder zu einem international attraktiven Standort gemacht und damit neue Arbeitsplätze geschaffen.
- + Wir haben Privatisierungen durchgesetzt, wie dies unserem Prinzip "Mehr privat, weniger Staat" entspricht.

- + Wir haben die Budgetsanierung eingeleitet und der Verschwendung auf Kosten künftiger Generationen Einhalt geboten.
- + Wir haben allein 1989 für die Arbeitnehmer einen Nettoeinkommenszuwachs von 6 Prozent, seit 1986 sogar von 15 Prozent erreicht.

+ Wir haben das Beitrittsansuchen an die EG durchgesetzt und damit unsere Teilnahme am westeuropäischen Konjunkturzug gesichert.

+ Wir haben im Sinne der Ökosozialen Marktwirtschaft die Kraft unserer Wirtschaft zur Lösung von Umweltaufgaben und zur Finanzierung von Umweltprojekten genützt.

+ Wir haben die Agrarpolitik auf eine völlig neue Basis gestellt, sodaß gleichzeitig die Einkommen der Bauern verbessert und die Preise für den Konsumenten gesenkt werden konnten.

+ Wir haben dafür gesorgt, daß der Aufschwung im Sinne sozialer Gerechtigkeit auch den Familien und den Senioren zugute kam.

Damit dieser Weg fortgesetzt werden kann, muß die Volkspartei von den Bürgerinnen und Bürgern am 7. Oktober mit verstärktem Vertrauen unterstützt werden.

Denn die Volkspartei hat bewiesen, daß sie am meisten vom Wirtschaften versteht, und daß sie als einzige österreichische Partei ein klares Wirtschaftsprogramm hat.

Das sind unsere Forderungen, um die Wirtschaft weiter fit für ihren Platz in einem starken Europa zu machen:

MEHR PRIVAT, WENIGER STAAT

Viele Aufgaben, die heute noch vom Staat erfüllt werden, sind überholt oder können von privaten Einrichtungen besser und billiger geleistet werden.

Die Volkspartei verordnet dem Staatsapparat eine Schlankheitskur:

Privatisierung, weniger Vorschriften und modernes Management in der Verwaltung.

Die Volkspartei ist davon überzeugt, daß privatwirtschaftliche Strukturen auch in weiten Bereichen des öffentlichen Sektors überlegen sind und daß insgesamt einer Reform des öffentlichen Bereiches auch im Sinne einer Fortführung der Budgetsanierung besondere Bedeutung zukommt.

Wir wollen daher:

- + Die Verstaatlichte Industrie und
- + die verstaatlichten Banken über die 50 Prozent-Grenze hinaus privatisieren.
- + Die Bahn in Form einer Aktiengesellschaft führen und aus dem Budget ausgliedern.

- + Für die Post moderne Organisationsstrukturen entwickeln, die der Tele-Kommunikationstechnik von Morgen entsprechen.

- + Die Beteiligung von Mitarbeitern an ihren Unternehmen fördern.

- + Die private Eigentumsbildung unterstützen, insbesondere an Wohnraum, etwa durch Kaufangebote an die Mieter von Wohnungen, die in öffentlichem Eigentum stehen.

ENTLASTEN STATT BELASTEN

Wie die bisherigen Erfolge zeigen, sind Steuersenkung und Budgetsanierung nicht nur vereinbar, sondern untrennbar miteinander verbunden. Entlastungen für Konsumenten und Betriebe lösen einen Wachstumsschub aus, den wir auch in der nächsten Legislaturperiode zur Vorbereitung für den Sprung auf den Europäischen Markt brauchen werden.

Dazu muß auch die Eigenkapitalbasis der Unternehmen verbreitert, dazu müssen die Betriebe von unnötigem Verwaltungsaufwand befreit werden. Wir wollen daher:

- + Die weitere Senkung der Abgabenlast und eine Reduzierung der Bürokratiebelastung durch die schrittweise Einführung einheitlicher Beitragsgrundlagen für alle Abgabengruppen.
- + Die Senkung der Mehrwertsteuer auf EG-Niveau und die Abschaffung der Luxussteuer.

- + Mehr Eigenkapital für die Betriebe durch
 - die Halbierung der Vermögensteuer und die Erhöhung des Freibetrages,
 - die Halbierung der Besteuerung nicht entnommener Gewinne durch eine steuerbegünstigte Kapitalbildungsrücklage,
 - eine Reduzierung der Bundesgewerbesteuer,
 - die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer und
 - die Zulassung einer "kleinen Aktiengesellschaft".
- + Orientierung der land- und forstwirtschaftlichen Einheitswerte an der Ertragslage.
- + Die steuerliche Begünstigung von Beteiligungen, vor allem durch die Mitarbeiter, an Unternehmen.
- + Die Abschaffung der Kapitalertragsteuer.
- + Die Schaffung ökologischer Anreize durch Höherbelastung fossiler Energieträger und Entlastung erneuerbarer Energieformen sowie durch eine an Schadstoff und Verbrauch orientierte KFZ-Steuer.
- + Mehr Steuergerechtigkeit für die Familien durch ein der Kinderzahl entsprechendes steuerfreies Existenzminimum, das sich an der Höhe der Mindestpension orientiert.
- + Die bestehenden Begünstigungen des Weihnachtsgeldes und des Urlaubsgeldes sowie der Abfertigungen dürfen nicht angetastet werden.

- + Die Förderung des Bausparens darf nicht eingeschränkt werden. Die diesbezüglichen SPÖ-Vorschläge sind abzulehnen.

MEHR VERDIENEN STATT WENIGER ARBEITEN

Grundsätzlich gilt für die Volkspartei: Mehr Verdienst hat Vorrang vor Arbeitszeitverkürzungen.

Um den Wünschen der Arbeitnehmer nach mehr Lebensqualität und Gestaltungsfreiheit gerecht zu werden, aber auch um Veränderungen in der Produktion und bei der Nachfrage nach Dienstleistungen gerecht zu werden, ist es notwendig, vielfältige und flexible Arbeitszeit-Modelle anzubieten. Dabei geht es um zusätzliche Wahlmöglichkeiten für den einzelnen. Eine zwangsweise Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden für alle lehnen wir ab. Wir wollen vielmehr:

- + Flexiblere Arbeitszeiten, die besonders den Bedürfnissen der Familie Rechnung tragen, sich aber auch nach den Möglichkeiten und Erfordernissen der einzelnen Branchen orientieren.
- + Die Beseitigung rechtlicher Barrieren gegen moderne Gleitzeitregelungen.
- + Anreize im Pensionssystem, damit sich länger Arbeiten wieder lohnt, und die Ermöglichung eines gleitenden Übergangs in die Pension.
- + Die Anhebung des Pensionsalters bei den Österreichischen Bundesbahnen.

+ Die Öffnung des Monopols der Arbeitsmarkterverwaltung durch Zulassung privater Beratungs- und Vermittlungsunternehmen, sowie eine effizientere Organisation der öffentlichen Arbeitsvermittlung.

+ Weiterentwicklung der Agrarmarktordnung zur Stärkung wettbewerbsfähiger Strukturen und Sicherung von Preis und Absatz, sowie weiterer Ausbau der Produktionsalternativen und Forcierung des Agrar-Marketings.

+ Wir wollen in Österreich eine ökologische Marktwirtschaft, die qualifizierte Arbeitsplätze bietet und Marktchancen nützt, die Umwelt schützt und allen einen sozialgerechten Anteil am Aufschwung sichert.

+ Wir wollen mit der Ökosozialen Marktwirtschaft nach dem Verursacherprinzip Anreize zu umweltgerechtem Verhalten geben und damit auch das Vorsorgeprinzip unterstützen.

+ Wir wollen Rahmenbedingungen dafür schaffen und Anreize dafür bieten, daß sich unsere Betriebe in Handel, Gewerbe, Industrie sowie in der Land- und Forstwirtschaft auf die neuen Chancen und Herausforderungen des künftigen europäischen Marktes vorbereiten können.

UNSERE WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN ZIELE

Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, daß wir durch eine starke Wirtschaft die Basis für eine gesunde Zukunft legen:

Es geht darum, die österreichische Wirtschaft leistungsfähig, umwelt- und sozialbewußt ins dritte Jahrtausend zu führen.

II. BILDUNG UND FORSCHUNG ALS INVESTITION IN DIE ZUKUNFT

Bildungspolitik und Forschungspolitik, die in Österreich lange Zeit ein Schattendasein fristeten, sind langfristig wirksame Strukturpolitik.

Während das sozialistisch geführte Unterrichtsressort einerseits von Ineffizienz, andererseits vom Versuch zur Wiederbelebung alter sozialistischer Dogmen - etwa der Einheitsschule - gekennzeichnet ist, gelang es im Bereich der Wissenschaft, entscheidende Weichenstellungen vorzunehmen:

- + Wir haben die Forschungsmittel deutlich erhöht und die Voraussetzung für die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Universitäten geschaffen.
- + Wir haben für mehr Leistungsgerechtigkeit in den Universitäten gesorgt, etwa durch die Möglichkeit von Evaluationen, die Bestellung von Professoren auf Zeit sowie verbesserte Berufungs- und Habilitationsverfahren.
- + Wir haben eine neue Phase der Studienreform eingeleitet, die zu mehr Praxisorientierung unserer Studenten führen wird.
- + Wir haben mit der Sanierung der Museen begonnen und die Mittel zur Fort-

setzung dieser Sanierung für die kommenden Jahre gesichert.

Wir wollen diese Politik in den nächsten Jahren fortführen und auch im Unterrichtsbereich umsetzen. Dabei gehen wir von folgenden Grundsätzen aus:

- + Sicherung und Ausbau der Qualität im Bildungswesen.
- + Vielfalt des Bildungsangebotes in einer differenzierten Gesellschaft.
- + Stärkere Berücksichtigung der regionalen Strukturen und Bedürfnisse in der Bildungslandschaft.
- + Verstärkte Anerkennung von Leistung, auch in finanzieller Hinsicht, und Ausbau der Begabtenförderung.
- + Offensive zur Internationalisierung von Bildung und Forschung als Vorbereitung auf das Neue Europa.
- + Stärkung des demokratischen Selbstbewusstseins und des Blicks für die Zukunftsaufgaben.
- + Bildung des ganzen Menschen, um insbesondere auch im Bereich der Kunst und Kultur neue Generationen von Kennern und Könnern hervorzubringen.

“KARRIERE DURCH LEHRE”

Um die Facharbeiterlücke, die sich für die nächsten Jahre abzeichnet, wirksam zu bekämpfen, muß die Bildungspolitik entscheidene Anstrengungen zur Aufwertung der Facharbeiterausbildung - der dualen Lehre - unternehmen. Dabei sind vier Ziele anzustreben:

- + Dem ausgebildeten Facharbeiter muß die Möglichkeit gegeben werden, auch nach Abschluß der Lehre durch ein "Bankastensystem" von Weiterbildungsangeboten bis hin zur "Fachmatura" und Studienberechtigung zu gelangen.
- + Die Lehre ist durch eine verbesserte Ausbildungsqualität im Betrieb und in der Berufsschule sowie durch spezifische Angebote für besonders leistungstarke und leistungsschwache Lehrlinge attraktiver zu machen.
- + Der Erwerb von Mehrfachqualifikationen soll erleichtert werden, die Übertrittsbarrieren zwischen den Berufen sind abzubauen, der Erwerb unternehmerischer Fähigkeiten ist zu fördern, um den Anforderungen an ein mobilitätsförderndes Ausbildungssystem Rechnung zu tragen.
- + Eine verstärkte Berufsorientierung für die Schüler ab der 7. Schulstufe und der Ausbau von Berufsinformationszentren sowie Schnupperlehren in Zusammenarbeit zwischen Schule und Unternehmen sollen eine bessere Information über die Lehrlingsausbildung ermöglichen.

- + Die Schularten, die besonders zur Facharbeiterausbildung hinführen, sind zu stärken: Dies gilt für die Hauptschulen, aber auch für neue Schulformen, wie die Realschule. Voraussetzung dafür ist ein geeignetes Aufnahmeverfahren für die AHS am Ende der Volksschule.

NEUE BILDUNGSCHANCEN FÜR MATURANTEN

Mangels Alternativen drängt eine große Zahl von Maturanten - fast alle AHS-Absolventen - in die Universitäten. Abhilfe muß hier durch praxisorientierte Alternativen geschaffen werden:

- + Einrichtung von Fach-Akademien, insbesondere in den Bereichen Technik und Wirtschaft.
- + Spezifische Ausbildung für medizinische und soziale Dienste.
- + Spezielle Lehrausbildung für Maturanten mit verkürzter Lehrzeit und eigenen Berufsschulklassen.
- + Ausbau der bewährten Kollegs und Kombination von betrieblicher Ausbildung mit Spezial- und Hochschullehrergängen, die zu einer mittleren beruflichen Qualifikation führen.

SOLIDE GRUNDLAGE

Besondere Bedeutung hat eine gesicherte Vermittlung von grundlegenden Qualifikationen:

- + Insbesondere im Grundschulbereich sind die Grundkenntnisse in den Kulturtechniken - Lesen, Schreiben, Rechnen - sicherzustellen. Analoges gilt auf den höheren Schulstufen für die Kernbereiche Deutsch, lebende Fremdsprache, Mathematik sowie eine wirtschaftlich technische Grundbildung und eine grundlegende Berufsorientierung.

- + Gleichzeitig sind für die musischen, praktischen und sportlichen Qualifikationen ausreichende Zeiträume vorzusehen, um einer Verengung des Persönlichkeitsbilds entgegenzuwirken.

- + Hinzu muß in der Schule und an der Universität eine verstärkte Beachtung von "Schlüsselqualifikationen" kommen: Kreativität, Teamfähigkeit, Problemanalyse und Lösungskompetenz. Dies kann durch selbständige Arbeitsformen, problemorientiertes Lernen, Projektarbeit und fachübergreifendes Arbeiten erreicht werden.

Verständnis und die Offenheit zur Welt müssen gefördert werden:

- + Im Rahmen einer Sprachenhoffensive an Schulen und Universitäten ist ein fachintegrierter Fremdsprachenunterricht, also die Fremdsprache auch als mögliche Arbeitsprache, anzubieten.
- + Auslandsaufenthalte von Schülern und verpflichtende Auslandsaufenthalte für Doktorassistenten und Universitätslehrer sind zu forcieren.
- + Straffe und praxisorientierte Studien sollen einen möglichst frühen Eintritt unserer Absolventen in den europäischen Arbeitsmarkt ermöglichen.
- + Kunst und Kultur sind neben den Wissenschaften jene Faktoren, die das geistige Klima eines Landes prägen, sie sind aber auch die kostbarsten und wichtigsten "Rohstoffe" eines Industrie- und Fremdenverkehrslandes wie Österreich. Um unsere internationale Position im Kulturbereich auch in Zukunft entsprechend verteidigen zu können, wird es dringend notwendig sein, im Bereich der Kulturpolitik den Kriterien Kreativität, Qualität, Professionalität und Internationalität verstärkt Rechnung zu tragen.

WELTOFFENHEIT

Die Absolventen unseres Bildungswesens müssen in Zukunft noch mehr einer verstärkten internationalen Konkurrenz standhalten. Regionale Mobilität, die Freude, zeitweise auch im Ausland zu lernen und Erfahrungen zu sammeln, aber auch das

EIN LEBEN LANG LERNEN

Aufgrund der Wissensentwicklung werden Bildungsabschlüsse nicht mehr für ein ganzes Leben ausreichen. Weiterbildung und Erwachsenenbildung, lebenslanges Lernen werden zur bedeutendsten Herausforderung für das Bildungssystem:

+ Durch einen Bildungspaß und einen Weiterbildungsinformationsspool sind Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten und zu nutzen.

+ Anreize zur Weiterbildung im Wege einer Bildungsfreistellung statt einer Arbeitszeitverkürzung und eine Zweckbindung der Arbeitsmarktmittel für konkrete Weiterbildung, insbesondere für Frauen, sollen den beruflichen Aufstieg und die Wiedereingliederung in das Berufsleben fördern.

+ Jeder Lehrling soll nach Abschluß der Lehre einen Weiterbildungsscheck im Gegenwert von ö.S. 40.000,- zur beruflichen Weiterbildung nach eigener Wahl erhalten. Dies entspricht den Kosten eines Studenten pro Semester.

+ 1 Prozent des Unterrichtsbudgets soll für die Erwachsenen- und Weiterbildungsaktivitäten zweckgewidmet werden. Universitäre Außeninstitute sollen das Zusammenwirken der Weiterbildung mit der Erstausbildung sichern und die Erwachsenenbildung im weitesten Sinne auf Universitätsniveau ausbauen.

+ Die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Berufszweigen und Ausbildungsstellen, etwa zwischen land- und forstwirtschaftlichen und gewerblichen Berufen, soll der ländlichen Jugend eine Vielfalt von Erwerbskombinationen anbieten und den Erwerb unternehmerischer Qualifikationen fördern.

DEKADE DER BILDUNG UND FORSCHUNG

+ In einer "Dekade der Bildung und Forschung" sollen 10-mal drei Milliarden Wissenschaftsmittel aufgebracht und leistungsorientiert in Forschung und Lehre investiert werden, um unseren Forschungsstätten den Anschluß an die internationale Entwicklung zu ermöglichen.

+ In dieser Dekade soll der Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen und damit dem Standard anderer kleiner Staaten entsprechen.

+ Dazu sollen auch private Ausgaben für Forschung und Entwicklung wieder voll von der Steuer absetzbar sein.

Grundsätzlich muß die Bildungs- und Forschungspolitik sich selbst und auch die Institutionen, für die sie Verantwortung trägt, auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren, wenn diese Investitionen in die Zukunft richtig erfolgen sollen.

III. UMWELTSCHUTZ LOHNT SICH

Mit der Ökosozialen Marktwirtschaft will die Österreichische Volkspartei Marktmechanismen für den Schutz der Umwelt nützen:

- + Umweltgerechtes Verhalten muß billiger sein als Umweltbelastung.
- + Finanzielle Anreize und freiwilliges Handeln auf der Basis verbesserter Bildung und Information müssen im Umweltschutz Vorrang haben. Wo die angestrebten Umweltziele anders nicht erreicht werden, sind diese Instrumente durch Verbote und Gebote zu ergänzen.
- + Bei der Einführung von Umweltabgaben darf das Ziel einer weiteren Senkung der Gesamtabgabenlast nicht gefährdet werden. Daher muß es kompensatorisch zu Steuerentlastungen kommen.
- + Mit dem modernsten Wasserrecht Europa wird die Basis für die Sicherung einer unserer wichtigsten Lebensgrundlagen geschaffen.
- + Das neue Chemikaliengesetz ermöglichte ab 1. März 1990 das Verbot von FCKW-Treibgas in Spraydosen.
- + Das Smogalmgesetz sieht Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei hoher Luftschadstoffbelastung vor.
- + Das Luftreinhaltegesetz sieht strenge Grenzwerte für Schadstoffe von Kraftwerken, Müllverbrennungseinrichtungen und Dampfkesselanlagen vor.
- + Mit dem Abfallwirtschaftsgesetz sind die Weichen zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung sowie zu einer umweltgerechten Entsorgung gestellt.

ÖKOBILANZ DER VOLKSPARTEI

Das Regierungsteam der Österreichischen Volkspartei hat sich konsequent und massiv für die Umwelt eingesetzt. Durch eine Fülle von Maßnahmen ist es Österreich auch im internationalen Bereich gelungen, eine hervorragende Position in der Umweltpolitik zu erringen:

- + Durch das Altlastensanierungsgesetz können Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen an den in Österreich existierenden etwa 3.500 Alt-Deponien in der Größenordnung von 10 Mrd. finanziert werden.
- + Das Pflanzenschutzmittelgesetz läßt nur mehr Präparate zu, und dies nur befristet, die auf ihre Umweltverträglichkeit hin untersucht worden sind.

- + Mit Hilfe der Öko-Maut auf den Transitstrecken können Lärmschutzmaßnahmen finanziert werden.
- + In einem Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern wird eine weitere Herabsetzung des Schwefelgehalts in Heizölen festgelegt.
- + Im Gebiet der Hohen Tauern wird aufgrund eines Staatsvertrages mit den Ländern Kärnten, Salzburg und Tirol der erste Nationalpark errichtet.
- + Aufgrund eines Staatsvertrages mit den Ländern Niederösterreich und Wien wird der Nationalpark Donau Auen errichtet.
- + Anfang nächsten Jahres soll der Ausstieg aus der Verwendung von PVC bei Wegwerfartikeln, Kinderspielzeug und Lebensmittelverpackungen beginnen.
- + Durch die Neuregelung des Sonderabfallgesetzes wird der "Müll-Tourismus" unmöglich, der Import und Export von Sonderabfällen ist bewilligungspflichtig.
- + Die Verhandlungen mit den östlichen Nachbarstaaten haben dort ein Umdenken in Richtung Ausstieg aus der Kernenergie eingeleitet.

Im Gegensatz zur Österreichischen Volkspartei, die auf die Kraft der Ökosozialen Marktwirtschaft setzt, wollen die Sozialisten eine ökologische Planwirtschaft, die mit Verboten und Steuererhöhungen, aber ohne Nutzung des Marktes Umweltpolitik betreiben will. Das Scheitern der Planwirtschaft in den osteuropäischen Staaten sollte hier warnendes Beispiel sein. In 17 Jahren

sozialistischer Regierung ist für die Umweltpolitik weniger geschehen als in den vier Jahren, in denen die Österreichische Volkspartei Regierungsverantwortung übernommen hat.

Mit unserer Ökosozialen Marktwirtschaft unterscheiden wir uns aber auch klar vom grünen Öko-Dirigismus und vom Freiheitlichen Öko-Opportunismus, der alles verspricht, ohne irgendetwas halten zu müssen.

Und das ist unser Arbeitsprogramm für die nächsten vier Jahre:

ABFALL

- + Verbessertes Angebot von Mehrwegverpackungen und Verwertungssysteme für Einwegverpackungen, unterstützt durch Pfandsysteme und Wiederverwertungsbeiträge.
- + Rücknahmesysteme für Problemstoffe wie Batterien und Leuchtstoffröhren.
- + Verpflichtung und Anreiz für die Mülltrennung.
- + Ausstieg aus PVC-Verpackungsmaterial und verstärkter Einsatz biologisch verwertbarer Verpackungstoffe.
- + Sanierung der Altlasten sowie Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen und - soweit erforderlich - auch moderner Müllverbrennungsanlagen.

CHEMIKALIEN

- + Substitution gefährlicher Chemikalien und Umstellung auf umweltfreundliche Lacke und Farben.
- + Förderung der Verwendung umweltfreundlicher Hydrauliköle und Schmiermittel.
- + Ausstieg aus teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffen.
- + Verantwortungsbewußter Umgang mit Pflanzenschutzmitteln.

WALD/LUFT

- + Bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit zur Senkung der Immissionsbelastung.
- + Weitere Maßnahmen zur Senkung des Schadstoffausstoßes sowie zur Reduktion der CO₂- und Ozonbelastung.
- + Programm zur Verminderung der Emissionen des Hausbrandes.
- + Großflächige Sanierung und Wiederherstellung von Schutz- und Bannwäldern.
- + Forcierung einer naturnahen Waldbewirtschaftung.

VERKEHR

- + Verstärkter Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und Verkehrsverbundsysteme sowie Angebot von Park- und Ridesystemen und Verkehrsberuhigung in Wohn- und Ballungsgebieten.
- + Forcierter Ausbau des kombinierten Verkehrs, insbesondere auf den Transitstrecken.
- + Übernahme der US-Abgasnormen für Dieselfahrzeuge, Reduktion der Abgas- und Lärmbelastung durch Mopeds und Motorräder, Förderung des nachträglichen Katalysatoreinbaus.
- + Verringerung der Kraftstoffverdampfung bei Ladevorgängen, weitere Verringerung des Benzol- und Bleigehaltes in Treibstoffen.
- + Neuberechnung der KFZ-Steuer differenziert nach Katalysator und Nicht-Katalysator sowie Treibstoffverbrauch.
- + Mehr ökologische Kriterien beim Straßenbau, mehr Radwege und Rückbau von Durchzugsstraßen sowie Verbot der Salzstreuung.
- + Fertigbau überregionaler Straßen zur Entlastung von heute besonders belasteten Ortskernen.
- + Verstärkte Nutzung der Schifffahrt für den Gütertransport.

WASSER

- + Weitere Forcierung und Verbesserung des Fluß- und Seeninhalteprogrammes, um in allen Flüssen wieder die Badequalität zu erreichen.
- + Umfassende Grundwassersanierung und Sanierungsprogramme für defekte Kanalisationen und Senkgruben.
- + Forcierung des naturnahen Wasserbaus und Erhaltung von Feuchtbiotopen.

NATIONALPARKS

- + Nach der konkreten Realisierung der im Grundsatz beschlossenen Nationalparks Hohe Tauern und Donau-Auen Schaffung der Nationalparks Kalkalpen und Neusiedlersee gemeinsam mit der betroffenen Bevölkerung.

ENERGIE

- + Energiesparen und effizientere Energienutzung, wie im Energiekonzept des Wirtschaftsministeriums vorgesehen.
- + Förderung erneuerbarer Energieträger, insbesondere der Wasserkraft und der Biomasse.

- + Nutzung der Abwärme und Ausbau des Fernwärmenetzes.

- + Abgabe auf fossile Energieträger nach ihrer Umweltschädlichkeit.

- + Unterstützung unserer östlichen Nachbarländer beim Ausstieg aus der Kernenergie.

BODEN/LANDSCHAFT

- + Staatsverträge zum Schutz des Bodens und Umsetzung des Bodenschutzkonzeptes.
- + Förderung des Bodenbewußtseins und flächenschonenden Bodenverbrauchs.
- + Erhaltung der Kulturlandschaft durch Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe, insbesondere durch Hilfestellungen bei Infrastrukturausbau.

LÄRM

- + Weitere Absenkung der Lärmbelastung, insbesondere in den Transitgebieten.
- + Landungsverbote für Flugzeuge mit hoher Lärmentwicklung.

BILDUNG UND FORSCHUNG

- + Neue Forschungsschwerpunkte im Umweltbereich und mehr Angebote an umweltbezogener Weiterbildung.
 - + Schaffung neuer Umweltberufe und Unterrichtsprinzip "Umweltschutz" in allen Bereichen.
 - + Verstärkte Mitkompetenz des Umweltministers in Umweltfragen.
- Die Ökosoziale Marktwirtschaft bekennt sich optimistisch und konstruktiv zu umweltbewußtem Handeln, sie ist unvereinbar mit Fortschrittskepsis und Wirtschaftsfremdlichkeit, sie ist unvereinbar mit Zukunftspessimismus und Resignation, sie ist unvereinbar mit dem Glauben an Allmacht und Allwissenheit des Staates.

Die Ökosoziale Marktwirtschaft bewirkt einen sparsamen Umgang mit den Ressourcen, sie bekennt sich daher zur Solidarität über Grenzen und Generationen hinweg.

UMWELTRECHT

- + Weiterentwicklung des Haftungsrechtes bei Umweltschäden.
 - + Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Großprojekte.
- Die Ökosoziale Marktwirtschaft nützt die Dynamik unserer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Schutz und zur Sanierung der Umwelt.

IV. GESUND LEBEN - GESUND ALT WERDEN

Die Aufmerksamkeit gegenüber Gesundheitsgefährdungen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, ebenso wie die Bereitschaft, selbst Risiken zu vermeiden.

Wir brauchen daher eine offensive Gesundheitsförderung durch Stärkung der Eigenverantwortung und effiziente Vorsorge sowie eine Unterstützung privater, auch freiwilliger Initiativen der Nachbarschaftshilfe.

Dies bedeutet aber auch eine klare Absage an den Zentralismus in der Medizin. Wir wollen die Medizin wieder zum Bürger bringen und sozial Schwache nicht ausgrenzen. Wir sind - soweit als möglich - für die Betreuung in den eigenen vier Wänden, wenn nicht ständige Obsole und die medizinisch-technischen Einrichtungen des Krankenhauses gebraucht werden.

Unsere Gesundheitspolitik orientiert sich an folgenden Grundsätzen:

- + Vorbeugend helfen ist besser als nachträglich reparieren.
- + Mehr mobile Hilfen sind besser als mehr stationäre Einrichtungen.
- + Mehr private Initiative ist besser als mehr staatliche Zwangsversorgung.

Das wollen wir im einzelnen:

- + Durch eine Vorsorge-Milliarde aus den Krankenkasseneinnahmen können jährlich 3.000 Menschen vor dem Krebsstod, 7.000 Menschen jährlich vor dem Herz Kreislaufstod gerettet und eine Fülle von Spezialprogrammen gegen Risikofaktoren wie Rauchen oder Übergewicht angeboten werden.
- + Mit Hilfe eines flächendeckenden Netzes von Nachbarschaftshilfeeinrichtungen mit Sozial- und Gesundheitsprengeln von 10.000 bis 15.000 Einwohnern kann das Engagement des einzelnen zur aktiven Gesundheitsarbeit unterstützt werden. Dazu bedarf es auch eines vermehrten Einsatzes von Hauskrankenpflege.
- + Ein abgestufter Pflegezuschuß bis ö. S. 15.000.- monatlich soll die Pflege in den eigenen vier Wänden auch finanziell leistbar machen.
- + Durch mehr Aktionen in Kindergärten und durch Gesundheitsbewußtsein in den Schulen soll die "Freude am Gesunbleiben" schon im Kindesalter geweckt werden.
- + Durch 500 neue Facharztstellen, schwerpunktmäßig in unterversorgten Gebieten, sollen bis zum Jahr 2000 zusätzlich 1.000 Fachärzte zur Verfügung stehen, insbesondere Augenärzte, Zahnärzte und Hautärzte.

- + Der Hausarzt soll Ratgeber und Anlaufstelle für Vorsorgemaßnahmen sein. Eine praxisorientierte Mediziner-ausbildung soll dafür Sorge tragen, daß gute Ärzte den ganzen Menschen mit Körper, Geist und Seele betrachten.
 - + Mehr Rechte und Informationen sollen dem Patienten den Spitalsaufenthalt leichter machen, insbesondere auch durch patientenfreundliche Weck- und Essenszeiten.
 - + Der Pflegenotstand in- und außerhalb des Spitals muß dringend beseitigt werden. Mehr und vor allem besser ausgebildetes Personal ist erforderlich. Der Pflegeberuf muß attraktiver, die Pflegeausbildung besser werden.
 - + Wir brauchen mehr Hilfe und Betreuung für die Genesung nach schweren Krankheiten, insbesondere Pflegebetten und Rehabilitationseinrichtungen, sowie eine gerechte Regelung des Rehabilitationsanspruchs für Pensionisten.
- + Bei der Reform der sozialen Krankenversicherung soll mehr Transparenz und Kontrolle sichergestellt werden. Anstelle der Pflichtversicherung soll schrittweise die Möglichkeit der Versicherungs-pflicht bei freier Versicherungswahl angeboten werden.
- + Die Finanzierung neuer Gesundheitsaufgaben darf nicht zu einer Erhöhung der Gesamtbelastung führen.
- Grundsätzlich gilt es, der Herausforderung des ethisch verantwortlichen Umgangs mit alten, kranken und schwachen Menschen in unserer Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen.
- Wir brauchen eine neue Einstellung und eine neue Verantwortung für uns und unsere Mitmenschen, damit die Erfahrung von Krankheit oder von Alter in Würde erlebt werden kann. Auch hier kommt der Familie und der Hilfe in der Nachbarschaft eine besondere Rolle zu.

V. FÜR EINE NEUE SOZIALE SOLIDARITÄT

Die Volkspartei bekennt sich zu einer neuen Solidarität, die zur Stärkung der Familie beiträgt, die den älteren Menschen hilft, unabhängig zu bleiben, die Hilfen für in Not geratene Menschen anbietet, die Beschäftigten am Arbeitsmarkt beseitigt und für Frauen die Doppelbelastung von Haushalt und Beruf vermindert, die behinderte Mitmenschen integriert und allen Bürgern ein menschenwürdiges Leben sichert.

Eine Sozialpolitik im Sinne dieser neuen Solidarität muß sich an folgenden Grundsätzen orientieren:

- + Sie muß die Gewißheit vermitteln, daß soziale Sicherheit auf Dauer gewährleistet wird.
- + Sie muß ein soziales Netz schaffen, das auffängt, in das man sich aber nicht fallen lassen kann.
- + Sie muß helfend, nicht bevormundend wirken.

Soziale Solidarität ist auch für den einzelnen eine Herausforderung zu persönlichem Einsatz und zu persönlicher Leistung, denn nur so kann die materielle Basis für eine gute und krisenfesteste Sozialpolitik geschaffen werden.

Im Gegensatz zu einem entmündigenden Denken staatlicher Versorgung will die

ÖVP eine umfassende Integration des Menschen in seine natürliche soziale Umgebung und die Verlagerung von Betreuungsaufgaben in das unmittelbare Umfeld des Betroffenen. Schon heute werden wichtige sozialpolitische Aufgaben von den Ländern und Gemeinden sowie von privaten Initiativen wahrgenommen. Wo dies nicht möglich ist, hat der Staat seine ergänzende Hilfe anzubieten.

SOZIALE ARBEITSWELT

- + Die Volkspartei unterstützt die einkommenspolitische Zielsetzung eines Mindestlohnes von ö. S. 10.000.- brutto im Rahmen von Kollektivvertragsvereinbarungen bei gleichzeitiger Entlastung der Wirtschaft von Lohnnebenkosten. Durch entsprechende Rahmenbedingungen soll diese Zielsetzung auch für Bauern und Gewerbetreibende sichergestellt werden.
- + Anstelle einer Verwahrung der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosen verlangt die Volkspartei eine Modernisierung der Arbeitsmarktverwaltung durch Berufsinformationszentren, ständige Kontakte mit den Unternehmen und laufende Arbeitsvermittlungen sowie eine Aufhebung des Vermittlungsmonopols im Rahmen einer

privaten Arbeitsvermittlung, die für den Arbeitssuchenden kostenlos ist und die Grundsätze des Arbeitsmarktförderungsgesetzes beachtet.

- + Der Durchrechnungszeitraum bei der Berechnung der Arbeitslosengelder ist auf ein Jahr zu verlängern, um die Beschäftigungsmöglichkeit attraktiver zu machen. Die Zumutbarkeitsbestimmungen sind konsequenter anzuwenden.
- + Für die älteren Arbeitnehmer ist das Konzept des gleitenden Übergangs in die Pension zu verwirklichen, die Fort- und Weiterbildungsprogramme sind auszuweiten.

- + Der Zugang zur Arbeitswelt und die Chance zum Aufstieg ist in gleichem Maße für Frauen und Männer zu öffnen, für gleichwertige Arbeit ist gleicher Lohn zu zahlen. Durch chancenreiche Ausbildungswege und den Abbau von Vorurteilen ist den Frauen das Verlassen "typisch weiblicher" Ausbildungswege zu erleichtern.

- + Für Frauen, die wegen der Kindererziehung aus dem Erwerbsleben ausscheiden, sind besondere Bildungsprogramme zur Erleichterung des Wiedereinstiegs anzubieten.

- + Durch Jahresarbeitsverträge und gleitende Arbeitszeiten ist auf die besondere Situation der Nebenerwerbsbauern Rücksicht zu nehmen, für sie ist das Versicherungsprinzip in der Arbeitslosenversicherung zu verstärken.

- + Grundsätzlich haben österreichische Arbeitskräfte Vorrang vor ausländischen. Bei entsprechendem Bedarf ist den ausländischen Arbeitskräften aus

grenznahen Regionen der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt zu erleichtern.

- + Zur Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung sind entsprechende Kontrollen notwendig.

SOLIDARITÄT MIT DER FAMILIE

Ein hoher Anteil wichtiger Leistungen für die Gesellschaft wird unbezahlt von den Familien und in den Haushalten erbracht. Vordringliche Aufgabe ist daher eine Überprüfung des Familienbudgets im Hinblick auf seine familien- und kinderfördernde Wirkung:

- + Für die Familie ist ein steuerfreies Existenzminimum, gestaffelt nach der Anzahl der Familienmitglieder einzuführen; Haushaltshilfen und Kinderbetreuung sollen während der ersten Lebensjahre steuerlich absetzbar sein.
- + Wir wollen eine Mehrkinderstaffelung der Familienbeihilfe und eine Ausdehnung des Karenzersatzgeldes auch auf Nichtberufstätige (Hausfrauen, Studentinnen).
- + Flexible Arbeitszeit-Modelle sind zu fördern und rechtlich abzusichern, ein verstärktes Angebot an qualifizierten Teilzeitsstellen ist zu schaffen, familienähnliche Betreuungsmöglichkeiten sind zu fördern.
- + Ganztägige Einrichtungen wie Tagesheimschulen und Kindergärten müssen

- + zur Erhöhung der Wahlfreiheit von Müttern und Vätern zwischen Erwerb und Familie unterstützt und die Öffnungszeiten flexibilisiert werden.
- + Erziehungszeiten sind im Ausmaß von mindestens drei Jahren je Kind als Versicherungszeiten in der Pensionsversicherung anzuerkennen. Für die Tätigkeit im Haushalt ist eine Unfallversicherung einzuführen.
- + Die Länder sind aufgefordert, ihre Bemühungen um erschweringliche Wohnungen, besonders für junge Familien, noch zu verstärken.
- + Die Human-Genetechnologie ist gesetzlich zu regeln, die begleitenden Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens müssen weiter ausgebaut werden.
- + In bestehende Pensionen darf nicht eingegriffen werden, wobei auch zukünftig derjenige, der höhere Beiträge in die Sozialversicherung leistet, auch eine höhere Pension erhalten soll.
- + Es ist dabei insbesondere durch Anreize ein späteres Pensionseintrittsalter sicherzustellen. Das gesetzliche Pensionalter soll dabei nicht angesetzt werden, wohl aber die Möglichkeit zur gleitenden Pension eröffnet werden.
- + Das Pensionseintrittsalter der Eisenbahner ist an das der übrigen Bundesbediensteten anzugleichen.
- + Für die Bauern-Pensionisten ist die Anrechnung des fiktiven Ausgedingtes bei der Bemessung der Ausgleichszulage zu senken.
- + Das Arbeitsverbot für Pensionsbezieher ist durch Aufhebung der Ruhebestimmungen zu beseitigen.
- + Die Selbstverwaltung im Bereich der Sozialversicherung ist auszubauen, damit der Versicherte mehr mitreden kann, der Bereich der Sozialversicherungen ist insgesamt organisatorisch zu straffen.
- + Wir brauchen ein flächendeckendes Angebot für die Betreuung und Pflege kranker und betagter Menschen, insbesondere durch entsprechende Ausbildung von Altenpflegern.

SICHERHEIT FÜR UNSERE ÄLTEREN MITBÜRGER

- + Analog zum Mindestlohn fordert die ÖVP ein Mindesteinkommen für Pensionisten von ö. S. 7.000.- für Alleinstehende und ö.S. 10.000.- für Verheiratete in drei Stappen während der nächsten Legislaturperiode.
- + Die Pensionskassen sind als zweite Säule des Pensionssystems zügig auszubauen, damit jeder möglichst 80 Prozent seines Aktivbezuges als Pension erreichen kann; dazu ist vor allem notwendig, daß die Arbeitnehmerbeiträge als Werbungskosten abgesetzt werden können.

CHANCEN FÜR BEHINDERTE

- + Durch einen bundesweiten Pflegezuschuß bis zu ö.S. 15.000.- soll dazu beigetragen werden, daß der behinderte Mensch die notwendigen Dienste selbst bezahlen kann.
- + Für behinderte Menschen ist ein ausreichendes Angebot an Bildung, Arbeitsplätzen und Wohnungen zu schaffen.

MENSCHEN IN NOT

- + Zur Hilfe in Notfällen sind die Sozialfonds vor allem auf den Nahbereich zu konzentrieren und unbürokratische Hilfen zu schaffen.
- + Für Flüchtlinge und Asylanten ist die Möglichkeit einer umfassenden Integration in Gesellschaft und Wirtschaft anzubieten.

Der Aufschwung, der seit dem Eintritt der Volkspartei in die Bundesregierung eingetreten ist, hat es ermöglicht, für alle einen sozial gerechten Anteil am steigenden Wohlstand zu sichern. Insbesondere konnten die Leistungen für die Senioren und für die Familien verstärkt werden.

Die Volkspartei hat durch ihr Eintreten für die überproportionale Anhebung der Kleinspensionen, für die außerordentlichen Pensionsanhebungen, für die Erhöhung der Familienbeihilfen, den wahlweisen Karenzurlaub und die Verdopplung des Karenzurlaubes auf zwei Jahre, durch die Befreiung von 220.000 Menschen von der Lohn- und Einkommensteuer im Rahmen der Steuerreform und durch die Einführung von Pensionskassen bewiesen, daß es ihr mit der Forderung nach einer neuen sozialen Solidarität sehr ernst ist und daß dieser sozialen Solidarität im Rahmen der Ökosozialen Marktwirtschaft ein besonderer Stellenwert zukommt.

VI. MEHR DEMOKRATIE UND MEHR SAUBERKEIT IN DER POLITIK

Die Volkspartei wird in der nächsten Legislaturperiode alles dazu tun, um die Demokratie und die Bürgerrechte zu stärken, sie wird alles tun, um neues Vertrauen in die Ehrlichkeit und Sauberkeit der Politiker zu gewinnen.

PERSÖNLICHKEITS- WAHLRECHT

Durch ein neues Wahlrecht soll der Bürger mehr Möglichkeiten haben, über seinen persönlichen Vertreter und Mandatar zu entscheiden:

- + Durch eine höhere Anzahl von Wahlkreisen, etwa 27 Regionalwahlkreise, soll der Wähler die regionalen Kandidaten besser kennenlernen.
- + 15 Prozent der Stimmen einer Partei an Vorzugsstimmen sollen einen Kandidaten an die erste Stelle der Mandatsliste rücken.
- + Durch ein 3-stufiges Ermittlungsverfahren und die 4-Prozent-Klausel sollen die Mandate gleichmäßiger und gerechter zugeteilt werden.

- + Frauen sind im Rahmen des Persönlichkeitswahlrechtes aber auch bei der Erstellung von Listen und Direktkandidaturen, sowohl in Parteifunktionen als auch in Regierungsverantwortung besonders zu berücksichtigen.

Mehr qualifizierte Frauen in der Politik bringen ein Vielfaches an Engagement ein, nicht nur bei Frauen und familienpolitischen Anliegen, sondern auch in allen anderen politischen Bereichen.

- + Die Volkspartei wird im übrigen auch weiterhin für die Einführung der Briefwahl und eine weitere Vereinfachung des von ihr durchgesetzten Wahlrechtes für Auslandsösterreicher eintreten.

DIREKTE DEMOKRATIE

Die Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger sind auszubauen:

- + Ein Volksbegehren, das mindestens 500.000 Unterstützungserklärungen erhalten hat, soll im Falle der Nichtberücksichtigung seiner Ziele zu einer

verpflichtenden Volksabstimmung führen.

- + In Verbindung mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung soll die Bürgerbeteiligung im Verwaltungsverfahren eingeführt werden, wobei eine Verfahrenskonzentration anzustreben ist.
- + Bei der Bürgerbegutachtung von Gesetzen sind die positiven Erfahrungen der Bundesländer auch in der Bundespolitik umzusetzen.

STÄRKERE KONTROLLE

Sehr oft werden aus der Kontrolle des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft nicht die entsprechenden Konsequenzen gezogen:

- + Daher soll sich ein Minister gegenüber dem Rechnungshofsausschuß verantworten, wenn er der Kritik des Rechnungshofes nicht Rechnung trägt.
- + Die Kontrolle der Volksanwaltschaft soll insbesondere auch auf die Einhaltung der Verfahrensvorschriften in der Justiz ausgedehnt werden.

STÄRKUNG DER BUNDESLÄNDER

Die Notwendigkeit der Stärkung der Bundesländer ist in verschiedenen Forderungsprogrammen dargelegt. Die ÖVP unter-

stützt insbesondere das Forderungsprogramm der Bundesländer. Wichtige Teile daraus sind noch offen. Besonders vor- dringlich sind:

- + Die Unterstellung der Sicherheitsdirektionen in mittelbarer Bundesverwaltung unter den Landeshauptmann.
- + Die Einbeziehung der Länder in die EG-Verhandlungen, um eine Umsetzung supranationaler Entscheidungen unter Einbindung der Länder zu ermöglichen.
- + Aufwertung des Bundesrates beispielsweise durch ein Gesetzesinitiativrecht für ein Drittel seiner Mitglieder und das Zustimmungsrecht für den Finanzausgleich.

LIBERALISIERUNG DES RUNDFUNKS

- Die Volkspartei bekennt sich zu einem liberalen und offenen Mediensystem. Sie tritt für die Freiheit privatwirtschaftlicher Aktivitäten und Initiativen im gesamten Medienbereich ein:
- + Die Aufhebung des Rundfunkmonopols muß zunächst im Hörfunkbereich zu einer Ergänzung der Programme des ORF durch private österreichische Programmanbieter führen.
- + In weiteren Schritten ist die Liberalisierung des Rundfunkmonopols auch im Fernsehbereich anzustreben.
- + Die Neuordnung im elektronischen Medienbereich darf nicht zu einer weitgehend vom Ausland dominierten Medienlandschaft führen.

- + Der ORF soll als öffentlich-rechtliche nationale Rundfunkanstalt weiterhin als elektronisches Leitmedium erhalten bleiben, um die kulturelle Identität Österreichs angesichts zunehmend internationaler Medienangebote zu festigen.
- + Die Vielfalt und der demokratisch-politisch notwendige Wettbewerb am Medienmarkt muß durch eine entsprechende Medienkartellgesetzgebung gesichert werden. Beteiligungsbeschränkungen von Print-Medien an elektronischen Medien sollen das Entstehen von Doppelmonopolen verhindern.

in Arbeits-, Sozial- und Konsumentenfragen.

- + Mehr Kontrolle der Arbeiterkammer und Ausbau der Minderheitenrechte, Möglichkeiten zur Abwahl, gesetzlich festgelegte vertretbare Höchstgrenzen für Funktionsbezüge.
- + Mehr Demokratie durch die Sicherung und Erleichterung des aktiven und passiven Wahlrechts bei der Arbeiterkammerwahl, insbesondere Einrichtung von Wahllokalen in jeder Gemeinde.
- + Direktwahl der Vertreter in die Sozialversicherung.

REFORM DER ARBEITERKAMMER

Der Mißbrauch der Arbeiterkammer durch SPÖ-Funktionäre ist ein deutliches Beispiel, wie durch mangelnde Kontrollmöglichkeiten und anmaßendes Verhalten sogar die Basis so bewährter Einrichtungen wie der Österreichischen Sozialpartnerschaft in Frage gestellt oder gar ausgehöhlt werden kann.

Die Forderungen der Volkspartei zu einer Reform der Arbeiterkammer sind von der sozialistischen Arbeiterkammermehrheit seit Jahren negiert worden. Deshalb wird die ÖVP darauf bestehen, daß eine grundlegende Reform der Arbeiterkammer im Arbeitsprogramm jeder künftigen Regierung verbindlich festgelegt wird. Dabei geht es vor allem um die rasche Durchsetzung folgender Maßnahmen:

- + Mehr Service und Unterstützung für die Arbeiterkammermitglieder in erster Linie durch kostenlose Rechtsberatung

- + Mehr Mitwirkungsrechte für die Mitglieder durch Einführung von Urabstimmungen, Mitgliederbefragungen, eines Petitionsrechtes und die Sicherung des gleichen Zugangs aller Mitglieder zu den Leistungen der Arbeiterkammer.

Wenn die Arbeiterkammer nicht sehr rasch von einem sozialistischen Selbstbestimmungsladen zu einer echten Arbeitnehmervertretung wird, dann sind wesentlich einschneidendere Reformmaßnahmen unausweichlich.

SICHERHEIT UND RECHT

Seit dem Eintritt der Volkspartei in die Regierung gibt es in Österreich wieder eine parteiunabhängige Justiz, die auch bei der Untersuchung politischer Skandale schonungslos und ohne Rücksicht auf die Person vorgeht. Da das Vertrauen des Bürgers in die wichtigen Staatsleistungen Sicherheit

und Recht zu den Grundpfeilern des Vertrauens in unsere Demokratie gehört, müssen auch die Mißstände in einzelnen Bereichen unseres Sicherheitswesens ebenso unterschieden abgestellt werden, wie dies für die Justiz seit 1987 geschehen ist:

- + Auch für die nächste Legislaturperiode muß unbedingt eine parteifreie und parteiunabhängige Justiz sichergestellt werden.
- + Mißstände im Sicherheitswesen und Übergriffe von Sicherheitsorganen sind auch im Interesse der dort tätigen Beamten rasch aufzuklären und abzustellen.
- + Es muß endlich zu einer Reform und zu einer entsprechenden Kontrolle der Staatspolizei kommen, wie dies auch von den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen gefordert wurde.
- + Die Polizei ist von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, sie soll sich auf die wichtigen Sicherheitsaufgaben konzentrieren und dazu angemessen ausgestattet sein.
- + Die Sicherheitsorgane müssen bei der Bewältigung neuer Aufgaben, wie sie etwa in der Bekämpfung des Kriminaltourismus entstehen, entsprechend unterstützt werden.

P.b.b.
Verlagspostamt: 1010 Wien
Erscheinungsort: Wien

Impressum:

Heute u. Morgen, 10. Jahrgang Nr. 50, August 1990
Medieninhaber: Österreichische Volkspartei, Kärntner Str. 51, 1010 Wien, Erscheinungsort:
Wien, Hersteller: Druckerei A. Holzhausens Nfg., Wien, Verlagsort: Wien, Herstellungsort:
Wien/DVR Nr.: 0076520.

Bei Unzustellbarkeit retour an ÖVP-Bundesparteileitung, Kärntner Str. 51, 1010 Wien.